

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Redaktionen und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Einzelnen 10 Pf. — Preis für den Einzelnen 10 Pf. — Preis für den Einzelnen 10 Pf.

Bestellungen nehmen die Redaktionen und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Preis für den Abnehmer 10 Pf. — Preis für den Einzelnen 10 Pf. — Preis für den Einzelnen 10 Pf.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 79

Dienstag, den 5. April 1932

27. Jahrgang

Burgfriede beendet — wieder Wahlkampf

Treviranus zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 3. April. Auf einer Kundgebung zur Reichspräsidentenwahl sprach Reichsverkehrsminister Treviranus. Er führte u. a. aus: Die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg ist gesichert, wenn am 10. April alle seine Wähler vom 13. März den Weg zur Urne nicht scheuen. Wir müssen selbst benen, die mit dem 13. März ein Kartenhaus innerpolitischer Träume zerfallen sahen, klar machen, daß die Wiederwahl Hindenburgs mit steigender Stimmenzahl einen außerpolitischen Wertzuwachs für die gesamte Nation bedeutet, dem nichts anderes gleichgesetzt werden kann. Hindenburg verkörpert bei allen Anwärtern auf die höchste Würde im Reich allein die Unabhängigkeit der Staats- und Reichsgewalt. Nachdem es gelungen ist, dem Parteipolitismus Grenzen zu setzen, wäre es ein tiefer Fall in hoffentlich für immer überwundene Abgründe der Parteizwietracht, wenn ein Parteihäuptling zum ersten Mann des Reiches geführt werden sollte. Heute tritt die Parteibildung der Parteien vor aller Öffentlichkeit gegenüber. Hindenburg hat immer wieder in seinem langen Leben den Beweis erbracht, daß man sich auf sein abwägendes Urteil ohne viel Worte verlassen kann. Diese Sicherheit ist sein einzigartiger Vorzug, die ein Jüngerer in solcher Vollkommenheit einfach nicht geben kann. Angst vor der Gegenwart treibt die Menschen zur Umdeutung jeder Art von Bewegung. Weil unser Volk glaubt, zu lange zum Stillstehen gezwungen zu sein, läuft es lieber zu denen, die es auf den Ersterplätzen herumjagen, auch wenn nichts dabei herauskommt. Es gibt am 10. April die Gelegenheit, in dem Befehntnis zu Hindenburg den Anfang zu neuer Gesinnung zu betätigen.

Eine Rede des Ministers Stegerwald

Breslau, 3. April. In einer Hindenburg-Kundgebung der hiesigen Zentrumspartei sprach heute Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl. Er führte u. a. aus: Es ist blutiger politischer Dilettantismus, zu behaupten, daß die unbedingten gegenwärtigen deutschen Verhältnisse lediglich auf ein falsches politisches System zurückzuführen seien. Ist es etwa eine Folge der verfehlten deutschen Politik, daß die Vereinigten Staaten von Amerika im letzten Jahr in ihrem Staatshaushalt ein größeres Defizit aufzuweisen hatten als der ganze deutsche Staatshaushalt überhaupt betragt? Ist es eine Folge der angeblich verfehlten deutschen Politik, daß Amerika heute acht Millionen Arbeitslose hat, daß England, Italien, die Tschechoslowakei, Polen usw. relativ eine gleich große Arbeitslosigkeit aufzuweisen haben wie Deutschland? Ist es eine Folge des angeblich falschen politischen Systems der letzten 13 Jahre, daß es der Landwirtschaft in Amerika, in Italien, auf dem Balkan, in Ungarn, in Polen usw. noch unvergleichlich schlechter geht als in Deutschland? Kein Mensch hat etwas dagegen, daß die Nationalsozialisten auf legalem Wege die Verfassung zu ändern suchen. Das ist das gute Recht eines jeden Staatsbürgers und jeder politischen Partei. Der Streit geht aber um etwas Anderes. Die Nationalsozialisten sagen, sie wollen auf legalem Wege zur Macht kommen, wobei ihre Reden häufig in schroffem Gegensatz zu ihren Taten stehen. Noch kein Nationalsozialist aber hat ausgesprochen, daß, wenn man an der Macht sei, man von der Macht auch legal Gebrauch machen würde. Im Gegenteil: Man will die Diktatur, man will wie in Italien neben der Staatsarmee eine Parteidiktatur schaffen und mit dieser dem übrigen deutschen Volk den politisch dilettantenhaften nationalsozialistischen Willen aufzwingen. Das nationalsozialistische Rezept würde dahin führen, daß die französischen Chauvinisten erklären würden, daß sie mit Deutschland nichts anderes wollten als das, was Hitler mit seinen eigenen Landsleuten machte. Die Reichspräsidentenwahl vom 13. März dieses Jahres hat eine West- und Main-Brücke herabgerissen. Glaubt man, daß der Westen und der Süden eine nationalsozialistische Diktatur ruhig hinnehmen würden? Glaubt man, daß die Gewerkschaften und die Arbeiter in den Werkstätten sich mit einem solchen Regime abfinden würden? All das, was wir im letzten Jahrzehnt erlebt haben, würde eine Kleinigkeit sein, im Vergleich zu dem, was uns bei einem Hitlerregime in den nächsten Jahren noch bevorstehen würde. Am 10. April kommt es darauf an, daß Hindenburg mit überwältigender Mehrheit gewählt wird und daß aus den Köpfen der breitesten Schichten des deutschen Volkes die nationalsozialistischen politischen Phantasmen gründlich herausgebracht werden. Je nachdrücklicher das geschieht, umso schneller erfolgt die deutsche Gesundung. Wir haben 1932 noch ein sehr schweres Jahr vor uns. Und in diesem Jahre gilt es nicht, das deutsche Volk auseinander-

der, sondern es zusammenzuführen und damit wieder feste Grundlagen zu schaffen für die deutsche Zukunft. Mit Ausnahme einzelner Blätter in Frankreich und Italien hat die Presse der Welt schon vor dem 13. März ausgesprochen, daß, wenn das deutsche Volk noch halbwegs bei Verstand sei, es für dieses gar keine andere Wahl als die Hindenburgs geben könne. Hindenburg ist heute, wie kein Zweiter, das Symbol der deutschen Einheit. Er hat in seinem arbeitsreichen Leben den Nachweis erbracht, daß er in schweren Stunden Gemeinschaften der verschiedensten Art zusammenzuhalten versteht, und darum muß er am 10. April mit überwältigender Mehrheit wieder Reichspräsident werden.

Beamtenverbände für Hindenburg

Berlin, 2. April. Zwölf Fachverbände der deutschen Beamtenschaft, die dem Deutschen Beamtenschaftsbund angeschlossen sind, veröffentlichten einen Aufruf zum zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Es heißt in diesem „An die deutsche Beamtenschaft“ gerichteten Abell. für die Beamtenschaft gehe es um ihre Rechte, die sie in jahrelangem Ringen erkämpfen mußte. Aus den Vorgängen in Braunschweig sollten die Beamten lernen, wo man den Volkseigenen das Koalitionsrecht rückwärtslos genommen habe. Hindenburg sei nicht Repräsentant einer Partei, sondern Repräsentant des deutschen Volkes. Kandidat aller deutschen Staatsbürger und Volksgenossen, die den inneren Frieden in Deutschland wollten, Kandidat aller die Republik und die Demokratie besitzenden Volksteile ohne Rücksicht auf Parteugehörigkeit. Die beispiellose Hingabe Hindenburgs für das Wohl des ganzen deutschen Volkes verführe vor allem die Beamtenschaft, die in einem besonderen Treueverhältnis zum Staat stehe und nicht einer Partei verpflichtet sei, am 10. April durch die Stimmabgabe für Hindenburg ihre staatsbürgerliche Pflicht in gleicher Hingabe zu erfüllen. Unterzeichnet ist der Aufruf von folgenden Fachverbänden der Beamten: Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten, Verband preussischer Polizeiarbeitsgemeinschaft mitteldeutscher Polizeibeamtenverbände, Reichsbund der Gendarmeriebeamten Deutschlands, Katholischer Lehrerverband des Deutschen Reichs, Vorsitzender der Gewerkschaft deutscher Eisenbahnfahrbeamten, Reichsgewerkschaft deutscher Polizeibeamten, Arbeitsgemeinschaft norddeutscher Polizeibeamtenverbände, Beamtenschaftszentralverband, Katholischer Lehrerverband, Abteilung Preußen, und Vorsitzender der Fachgewerkschaft deutscher Weichensteller. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger noch hört, wird der Deutsche Beamtenschaftsbund, die Spitzenorganisation, entsprechend dem Beschluß seines Gesamtvorstandes, von der Herausgabe eines eigenen Aufrufes für die Wiederwahl Hindenburgs absehen, jedoch auch von sich aus den vorstehenden Aufruf der Fachverbände, insbesondere der Beamtenschaftlichkeit zuleiten.

„Stahlhelm“ und Reichspräsidentenwahl

Berlin, 2. April. Wie die Landvolk-Nachrichten erfahren, stellt sich Reichspräsident von Hindenburg nachdrücklich vor diejenigen Stahlhelm-Mitglieder, die ihm im ersten Wahlgang die Treue gehalten haben und die deshalb vom „Stahlhelm“ gemahnt worden sind. Er habe die Bundesleitung des „Stahlhelm“ aufgefordert, ihm mitzuteilen, ob sie bereit sei, die Maßregelungen zurückzunehmen.

Der Thüringer Landbund gegen Hitler

Weimar, 2. April. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung hat sich der Gesamtvorstand des Thüringer Landbundes gegen die Stellungnahme des Reichslandbundes ausgesprochen. Es heißt darin, daß der Thüringer Landbund, der jeden Sozialismus ablehne, auch keine sozialistische Parteikandidaten für die Reichspräsidentenwahl akzeptieren könne. Eine nur aus taktisch-politischen Gründen trotz der sicher zu erwartenden Wahl Hindenburgs ausgegebene Parole für Hitler müsse jeden deutschen Bauern in Gewissenskonflikte bringen. Daher, so heißt es wörtlich weiter, spricht sich der Gesamtvorstand des Thüringer Landbundes einstimmig gegen eine Hitler-Diktatur aus und übersieht damit die Stimmabgabe bei der Wahl dem gesunden Sinn seiner Bauern.

Der Kronprinz für Hitler

Breslau, 2. April. Der ehemalige Kronprinz, der sich zur Zeit in Schloss Döls aufhält, veröffentlicht folgende Erklärung: Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist unvereinbar mit dem Gedanken

der Harzburger Front. Da ich eine geschlossene nationale Front für unbedingt notwendig halte, werde ich im zweiten Wahlgang Adolf Hitler wählen.

Wider Erwarten hat jetzt auch der frühere deutsche Kronprinz in den Wahlkampf eingegriffen, und zwar durch eine Erklärung, daß er für Hitler stimmen werde. Es könnte zunächst bezweifelt werden, ob diese Erklärung eine politische Kundgebung ist oder nur eine Antwort auf eine Frage, die ihm von einem Telegraphenbüro vorgelegt wurde. Aber auch in rechtsstehenden Kreisen wird zugegeben, daß dieser Mitteilung wohl kaum der Charakter einer regulären Kundgebung abgesprochen werden kann. Dann würde der Kronprinz allerdings sein früher gegebenes Versprechen nicht innegehalten haben. Als der damalige Reichskanzler Dr. Stresemann im Herbst 1923 die Rückkehr des früheren Kronprinzen aus Biederstein nach Deutschland ermdachte, geschah das unter zwei Voraussetzungen: 1. daß er seinen festen Wohnsitz in Döls nehmen werde und 2. daß er sich von jeder politischen Betätigung fernhalten werde. Beide Bedingungen sind damals brieflich vereinbart worden, und bisher hat sich der Kronprinz auch daran gehalten. Seine jetzige Kundgebung wird nicht nur auf der linken, sondern auch von einem soweit rechtsstehenden Blatt wie der Deutschen Allgemeinen Zeitung verurteilt, die u. a. schreibt: Wir stehen nicht an, dieses politische Hervortreten des Kronprinzen zu bedauern. Der Kronprinz wird sich durch diese Kundgebung viele Angriffe zuziehen, und zwar ausgerechnet für eine Sache, der selbst Geheimrat Hugenberg die sichere Niederlage prophezeit.

Hindenburg wird Verleumdungen durch den Rundfunk zurückweisen

Ob der Reichspräsident persönlich wieder durch eine Rundfunkrede in den Wahlkampf eingreift, hängt davon ab, wie die Gegenseite ihre Propaganda führen wird. Der Reichspräsident ist entschlossen, falls ähnlich wie im ersten Wahlgang wieder mit Verleumdungen gegen ihn gearbeitet wird, sich durch den Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volk zu rechtfertigen und solche Verleumdungen zurückzuweisen.

Blutiger Wahlkampf Politische Zusammenstöße in Altona 50 Sittierungen

Altona, 3. April. Am Sonntagmittag kam es nach Schluß eines von den Nationalsozialisten veranstalteten Werbeumzuges an zahlreichen Stellen der Stadt zu schweren Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten, die einen so großen Umfang annahm, daß die Polizei ein starkes Mannschafsaufgebot einsetzen mußte, um die Streitenden zu trennen. Es sind, wie die Polizei mitteilt, ein Schwerverletzter und eine große Anzahl Leichtverletzte zu verzeichnen. Insgesamt erfolgten 50 Sittierungen. Acht Festgenommene werden sich vor dem Schnellrichter zu verantworten haben.

Ein Toter in Calau

Calau, 3. April. Am Sonnabend kam es bei der Ausschaltung der Erwerbslosenunterstützungen zu politischen Auseinandersetzungen zwischen Erwerbslosen und Nationalsozialisten. Auf dem Marktplatz entspann sich eine Schlägerei, in deren Verlauf zwei Nationalsozialisten leicht verletzt wurden. Die Polizei zerstreute die Menge. Da zu befürchten war, daß es zu weiteren Zusammenstößen kommen würde, wurde ein Kommando der Schutzpolizei Cottbus angefordert, das aber nicht in Aktion zu treten brauchte. Einige Stunden später hatte der der NSDAP angehörende Milchfischer Lehner, der sich mit seinem Gespann auf dem Wege nach Buskow befand, einen Zusammenstoß mit einem Kommunisten namens Schreiber aus Frauendorf bei Cottbus. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzung zog Lehner einen Revolver und schoss Schreiber nieder, der sofort tot war. Lehner wurde in Haft genommen und dem Untersuchungsgefängnis in Cottbus zugeführt.

Zwischenfall in einer Wahlversammlung

Graf Westarp verzichtet auf seine Rede

Beuthen, 4. April. Die gestern abend in den Saal des „Rakietes“ vom Hindenburg-Ausschuß einberufene Wählerversammlung für die Graf Westarp als Hauptredner gewonnen war, konnte nicht stattfinden. Diesem Vorfall liegt nach den Ermittlungen des Hindenburg-Ausschusses folgender Tatbestand zugrunde: Um die Ueberparteilichkeit des Ausschusses zu wahren, war von vornherein geplant, die Versammlung ohne jede Gesandtschaft stattfinden zu lassen. Während sich der Saal schon füllte, haben, wie der Ausschuss mitteilt, Reichsbannerleute eigenmächtig